

Sonder-Bezirksvertretungssitzung 23.09.2026

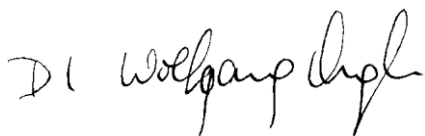
Die unterzeichneten BezirksrätInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien bzw. die Bezirksvorstehung Donaustadt werden ersucht, regelmäßig, transparent über Kauf- und Verkaufsaktivitäten von Immobilien der Stadt Wien und aller unter dem Einfluss der Wiener Stadtregierung stehenden Unternehmen in der Donaustadt zu berichten.

Begründung

In der Vergangenheit wurden für die Öffentlichkeit interessante Transaktionen wie Grundstücksankäufe erst durch entsprechende Medienberichte publik. Um in Zukunft hierbei für mehr Transparenz zu sorgen, wäre das regelmäßige Publizieren (z.B. monatlich im Internet) von Immobilien-Verkäufen und -Ankäufen aller unter dem Einfluss der Wiener Stadtregierung stehenden Unternehmen wichtig.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Sonder-Bezirksvertretungssitzung 23.09.2026

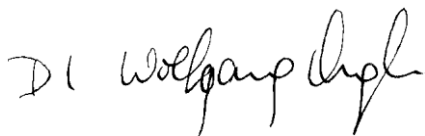
Die unterzeichneten BezirksrätInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien bzw. die Bezirksvorstehung Donaustadt werden ersucht, regelmäßig (z.B. monatlich), transparent über geplante und durchgeführte Sanierungen und Verbesserungen von Gemeindebauten in der Donaustadt zu berichten.

Begründung

Da Gemeindebauten in der Donaustadt einen wichtigen Beitrag für leistbares Wohnen darstellen, ist die Erhaltung bzw. Sanierung von öffentlichem Interesse.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Sonder-Bezirksvertretungssitzung 23.09.2026

Die unterzeichneten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Wien - Donaustadt stellen gemäß § 24 GO der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Donaustadt spricht sich dafür aus, dass keine Gemeindewohnungen in der Donaustadt verkauft werden - und Gemeindebauten in der Donaustadt vor Privatisierung geschützt werden.

Begründung:

Aussagen des Bezirksvorstehers Nevriy, immerhin einer der mächtigsten Bezirkspolitiker der SPÖ in Wien, der lt. Profil und Krone in seinem Weinkellergespräch mit Walter Ruck den „hohen Anteil an Gemeindebauten in Wien“ kritisiert hat und „Gemeindebauten verklopfen“ möchte, weil ihm „statt 220.000 Gemeindewohnungen auch 100.000 bis 150.000 reichen“ würden, lassen alle Alarmglocken schrillen und hat sogar die Sozialistische Jugend zu einer Rücktrittsforderung an Herrn Nevriy veranlasst.

Leistbarer Wohnraum ist eine der zentralen Säulen für soziale Gerechtigkeit. Von daher ist ein Bekenntnis zum sozialen Wohnbau ein Grundpfeiler dieser sozialen Gerechtigkeit in Wien. Gemeindebauten müssen ausnahmslos in öffentlicher Hand verbleiben und dürfen keiner Privatisierung zum Opfer fallen.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt